REDE

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BERLIN
MINISTERPRÄSIDENT
PROF. DR. WOLFGANG BÖHMER
26. November 2009

www.kas.de

„Totgesagte leben länger?“ Die kommunistische Ideologie als Herausforderung für Demokraten

Sehr geehrter Herr Knabe! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Sie haben mir das Thema „Totgesagte Leben länger?“ vorgegeben. Ich gebe zu, dass ich auf den ersten Blick nicht so furchtbar viel damit anfangen konnte. Diese Redewendung kennt jeder von uns. Sie ist weder jemals empirisch belegt noch statistisch bewiesen worden. Dieses Sprichwort sagen wir uns halb als Trost und halb als Entschuldigung, wenn irgendetwas schiefgegangen ist, aber es ist keine Lebensweisheit. Trotzdem ist die Verführung groß, das Thema, welches das Rahmenthema Ihrer Veranstaltung ist, nämlich das Fortdauern kommunistischer Gedanken und Ideologien, auch einmal unter diesem Gesichtspunkt darzustellen. Die Anlässe kennen Sie alle.

Wir haben vor etwa 20 Jahren erlebt, wie ein ganzes Staatensystem, das auf dieser kommunistischen Ideologie aufgebaut hat, nach beinahe 70 Jahren, wenn man die Anfänge hinzurechnet, in erstaunliche Weise zusammengebrochen ist. Damals gab es viele, auch kluge Leute, die gesagt haben: Das war es jetzt! Mit diesem System ist jetzt für immer Schluss.

Es gab einen amerikanischen Politikwissenschaftler, der in den frühen 90er-Jahren festgestellt hat, dass der Zusammenbruch dieses ganzen totalitären Systems und der Sieg der Demokratie über die Diktatur das Ende der Geschichte und der ideologischen Kämpfe zwischen den unterschiedlichen Systemen bedeuten würde. Diese geschichtliche Entwicklung und diese Phase seien für immer und für alle Zeiten vorbei. Dieser Mann mit dem Namen Fukuyama hat sich selbst nach etwa zehn Jahren revidiert und gesagt, dass es ganz so wohl doch nicht sei. Wenn er die letzten Wahlergebnisse in den neuen Bundesländern gekannt hätte, dann hätte er seine Meinung möglicherweise noch mehr revidiert. Ich will es ganz deutlich sagen: Ich bin nicht der Meinung, dass dies das Ende einer Ideologie ist, die nicht wiederkommen könnte. Deshalb lohnt es sich, immer wieder über die Ereignisse nachzudenken.

Ich habe mir erzählen lassen, dass seit einigen Monaten Bücher wie „Das Kapital“ von Karl Marx, in den Buchhandlungen wieder mehr gefragt sind als in den 20 Jahren zuvor. Die Aussage von Karl Marx, dass der Kapitalismus von einer Krise in die nächste taumele und

Konrad Adenauer Stiftung

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BERLIN
MINISTERPRÄSIDENT
PROF. DR. WOLFGANG BÖHMER
26. November 2009

www.kas.de

sich irgendwann einmal selbst erledigen werde, ist eine These, von der manche behaupten, wir würden mit der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise einen Beweis dafür liefern.

Ich halte das für ziemlich vordergründig. Aber die Tatsache, dass immer dann, wenn es einem Volk schlechter geht, die Bücher von Karl Marx nachgefragt werden, und wenn es den Menschen gut geht, sich niemand darum kümmert, halte ich für eine Erfahrung, die ich von mehreren Buchhändlern gehört habe. Vor diesem Hintergrund bin ich vorsichtig, jetzt schon vom Ende dieser Ideologie und dieser Geschichte zu reden. Mehr als Zahlen überzeugt mich die Tatsache, dass wir, wenn wir von der Geschichte reden, uns auch um die physiologischen und psychologischen Eigenschaften der Menschen kümmern müssen, die uns verführbar gemacht haben und uns wahrscheinlich auch in Zukunft verführbar machen könnten.

Denn eines, meine Damen und Herren, muss man sich und den Politologen klar machen: Die Gattung Homo sapiens ist diejenige biologische Spezies, bei der es zwischen den einzelnen Individuen die größten Unterschiede gibt. Sie können sich in der Natur umsehen und werden feststellen, dass es bei allen Tierarten Unterschiede zwischen den Individuen gibt. Aber die Unterschiedlichkeit zwischen den Einzelnen ist bei keiner biologischen Spezies so groß wie bei uns Menschen.

Wir unterscheiden uns in unseren körperlichen Eigenschaften und in unseren physiologischen Fähigkeiten. Der Sport wäre doch stinklangweilig, wenn alle gleich schnell laufen oder gleich hoch springen würden. Nur weil wir unterschiedliche Fähigkeiten haben und weil wir uns im Wettstreit um bessere Leistungen miteinander messen können, ist der Sport so interessant. Das trifft auf alle anderen Fähigkeiten, auch auf unsere künstlerischen Fähigkeiten, genauso zu. Wenn wir alle gleich gut singen könnten, dann müssten wir nicht in das Theater oder in die Oper gehen.

Wir müssen uns zuerst deutlich machen, dass unser größter Reichtum unsere Unterschiedlichkeit ist und dass es unsere unterschiedlichen Fähigkeiten und Talente sind, die dazu geführt haben, dass sich die Menschen als biologische Spezies ganz anders entwickelt haben als alle anderen. Dies gilt für unsere körperlichen Fähigkeiten und für unsere sensorischen Fähigkeiten.

Dazu kommen - das zeichnet uns aus und das hebt uns von allen anderen Lebewesen ab - unsere intellektuellen Fähigkeiten, auch darin unterscheiden wir uns. Dieser Unterschied war einer der wichtigsten Motoren der gesamten Zivilisationsgeschichte. Wir leben von unseren Unterschieden. Wir hätten uns nicht so entwickeln können, wenn wir uns alle ähnlich wären, wie das bei den Bienen und Ameisen der Fall ist. Unser größter Reichtum - das muss man sich gelegentlich klar machen - ist die Unterschiedlichkeit zwischen den einzelnen Menschen.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BERLIN
MINISTERPRÄSIDENT
PROF. DR. WOLFGANG BÖHMER
26. November 2009

www.kas.de

Dieser Reichtum hat dazu geführt, dass wir uns unterschiedlich entwickeln. Das Sich- Nicht-Entfalten-Können empfinden wir als Drangsalierung bzw. als Maßnahme, die uns daran hindert, uns zu entwickeln. Alles was uns fördert und uns die Möglichkeit gibt, unsere unterschiedlichen Fähigkeiten entfalten zu können, empfinden wir als Freiraum und als Freiheit. Das ist einer der Gründe, weshalb eine Gesellschaft, die zulässt, dass Menschen sich nach ihren unterschiedlichen Begabungen, Talenten und Fähigkeiten entwickeln können, immer dazu führen wird, dass eine zunehmende Ungleichheit unter den Menschen entsteht. Dies ist eine logische Folge.

Die politischen Probleme, von denen wir reden, betreffen die Frage: Wie gehen wir mit dieser Ungleichheit unter uns um? Das ist eine Frage, die die Menschen schon beschäftigt hat als vom Kommunismus noch gar keine Rede war. Ich habe den Verdacht, dass die Menschen dieses Grundproblem auch zukünftig immer wieder auf unterschiedliche Weise beschäftigen wird. Wir müssen aufpassen, dass dies nicht dazu führt, dass man mit einer falsch vermittelten Zielstellung die Freiräume einengt.

Niemand wird leugnen können, dass wir damit Probleme haben. Eine Gesellschaft lebt von der Leistung der Einzelnen. Sie lebt umso besser, je mehr sie sich zu dem Leistungsprinzip bekennt. Jede Leistungsgesellschaft wird aber unweigerlich dazu führen, dass sich die Menschen und auch deren Leistungen unterschiedlich entwickeln. Die Frage, wie wir mit dieser Unterschiedlichkeit umgehen, ist eine ziemlich alte Frage. Deswegen will ich ganz vorsichtig sagen, ohne diesen Vortrag zu einem naturwissenschaftlichen Vortrag über die Verhaltenspsychologie des Menschen machen zu wollen, dass man sich diese Grunderkenntnis deutlich machen muss, wenn man sich über die Folgen für das gesellschaftliche Zusammenleben klar werden will.

Wir müssen lernen, uns in unserer Unterschiedlichkeit anzunehmen, uns trotz unserer Unterschiedlichkeit die notwendigen Freiräume zur Entfaltung zu lassen. Wir sollten darauf verzichten, dies zu vergessen oder gar davon auszugehen, dass es irgendwie gelingen könnte, einen neuen Menschen zu formen.

Alle Systeme, die darauf aus waren, mehr Gleichheit zu organisieren, haben davon geschwärmt, einen neuen Menschen zu machen. Das begann mit beinahe lächerlichen Dingen. Ich erinnere mich an die „Zehn Gebote der sozialistischen Moral", und an den „neuen, sozialistischen Menschen", der aus uns gemacht werden sollte, an die Erziehung im Kollektiv, die uns so formen sollte, dass niemand aus der Reihe tanzt. Das hat es nicht nur bei uns gegeben. Wir erinnern uns an die Kulturrevolution der Maoisten in China und die Roten Khmer in Kambodscha. Sie alle haben versucht, die Menschen zu ändern, sie unter Strafandrohung, und ohne vor Morden zurückzuschrecken, zu zwingen, sich zu neuen Menschen formen zu lassen. Diesen Menschen wird es, so hoffen wir zumindest, auch

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BERLIN
MINISTERPRÄSIDENT
PROF. DR. WOLFGANG BÖHMER
26. November 2009

www.kas.de

in Zukunft nicht geben, weil dies nur unter staatlichem Druck denkbar wäre.

Wenn wir uns dies nicht antun wollen, wenn wir uns in unserer Unterschiedlichkeit annehmen wollen, wenn wir den Anspruch auf individuelle Freiräume erheben – und das tun wir -, dann müssen wir auch damit leben, dass sich Unterschiede zwischen uns entwickeln. Diese Unterschiede führen natürlich auch zu einer gewissen Ungleichheit. Die Frage, wie man mit dieser Ungleichheit umgeht, ist das spannende gesellschaftspolitische Thema. Jeder weiß, dass nichts für die eigene Entwicklung und auch für die Prosperität eines Staates förderlicher ist, als ein Wettbewerb und die Ausnutzung der Vielfalt und der Kreativität, und dass die Ungleichheit zu jeder offenen Gesellschaft gehört und dass das Nivellieren der Menschen dazu führt, dass am Ende alle unter der aufgezwungenen Gleichheit stöhnen und am Ende dagegen rebellieren.

Das, was wir seit den 50er-Jahren in allen so genannten Ostblockstaaten oder, wie wir gesagt haben, sozialistischen Bruderländern erlebt haben, war letztlich kein Aufschrei gegen Not und Entbehrung, sondern ein Aufschrei für mehr Freiheit. Das begann bereits in den 50er-Jahren - 1953 in Berlin, 1956 in Ungarn, 1968 in der Tschechoslowakei, als Dubček einen menschlicheren Sozialismus schaffen wollte. All dieses Aufbäumen ist mit militärischer Gewalt und sowjetischen Panzern niedergewalzt worden.

Dann kam die „Charta 77" in der Tschechoslowakei. Sie ist verboten worden und die Leute sind eingesperrt worden. Viele sind drangsaliert und benachteiligt worden. Es war aber nicht mehr möglich, dieses Freiheitsstreben total zu unterdrücken. Dann kam im Jahr 1980 die „Solidarność" in Polen. Ihre Mitglieder wollten auch die Möglichkeit zur Mitsprache. Sie wollten ernst genommen werden. Sie wollten einen größeren eigenen Entfaltungsspielraum. Sie sind unterdrückt, bestraft und eingesperrt worden. Aber nach fast zehn Jahren musste sich die polnische Regierung mit ihnen an einen Runden Tisch setzen. Dann folgte Gorbatschow mit der „Pestroika". Letztlich war diese gesamte Entwicklung, wenn man sie in einem historischen Zusammenhang betrachtet, zunächst ein Kampf der Menschen für mehr individuelle Freiheit.

Bei uns begann es mit dem Ruf nach mehr Reisefreiheit. Von uns war verlangt worden, ein Weltbild zu haben, obwohl uns die Möglichkeit verwehrt wurde, uns ein Bild von der Welt zu machen. Dann folgten Rufe nach Meinungs-, Rede- und Pressefreiheit. Die meisten von Ihnen haben das ja alles miterlebt, was zunächst als Aufbäumen gegen die Unterdrückung und als Ruf nach mehr Freiheit begann. Alles andere kam dann Schritt für Schritt danach. Wir haben dann die Freiheit genutzt, um in weniger als einem Jahr die Widervereinigung Deutschlands zu erreichen. Wir haben auf diese Weise nicht nur die Grenzen in Deutschland niedergerissen, sondern die Grenzen, die Europa getrennt haben.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BERLIN
MINISTERPRÄSIDENT
PROF. DR. WOLFGANG BÖHMER
26. November 2009

www.kas.de

Dass wir heute in einem zusammenwachsenden Europa mit befreundeten Nachbarstaaten leben können, verdanken wir dem Freiheitskampf in den Ländern, die ich genannt habe. Dies war immer ein Aufbäumen gegen eine vom Staat aufgezwungene Gleichmacherei. Das war im Prinzip nichts völlig Neues. Diese Sehnsucht, dieses Wunschdenken der Menschen nach einem konfliktfreien, mit weniger innerer Spannung versehenen Staat reicht weit in die Geschichte zurück.

Ich möchte einige Dinge nennen, die Sie möglicherweise vom Namen her kennen. Selbst die Atlantiserzählung von Platon ist die Wunschvorstellung von einem Staat ohne innere Konflikte. Und das Bedürfnis der Urchristengemeinde, alles zusammenzutun und in einer großen Gemeinschaft ohne Unterschiede zu leben, kennzeichnet auch eine sozialutopische Wunschvorstellung. Das zieht sich durch die einzelnen Jahrhunderte, beginnend mit dem 15. Jahrhundert als einige Menschen in Kommunen zusammengelebt haben, über das Projekt „Utopia" von Thomas Morus bis zu den Wiedertäufern von Münster. Außerdem ist an die Vorstellung vom „Sonnenstaat" von Campanella und an die utopischen Sozialisten im 18. und 19. Jahrhundert zu erinnern. Dies alles waren Bestrebungen, eine größtmögliche Gleichheit zu organisieren.

Ich habe einmal mit großem Interesse den historischen Roman „Die Wiedertäufer von Münster" von Rosemarie Schuder gelesen. Die Untertitel lautet bezeichnenderweise: „Vom wenig furchtsamen Terror der Nächstenliebe". Wenn Sie dies in den 70er-Jahren oder 80er-Jahren gelesen haben, dann kam Ihnen furchtbar viel bekannt vor; denn vieles, was geschildert wurde, haben wir in der DDR auch so erlebt. Dies ging soweit, dass die Torwachen der Stadt Münster eingesetzt werden mussten, um die eigenen Leute am Davonlaufen zu hindern. Rosemarie Schuder hat all diese Dinge nahezu parabelhaft im Zusammenhang mit der Geschichte der Wiedertäufer beschrieben.

Diese Entwicklung hat dazu geführt, dass die Theoretiker des Marxismus gesagt haben: Wir wollen nicht mehr träumen und uns etwas Schönes ausmalen, sondern wir müssen diese Idee auf eine wissenschaftliche Basis stellen. Sie haben dafür objektive Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung erfunden, die nie jemand nachgewiesen hat. Sie haben einfach gesagt, die Entwicklung der Klassenkämpfe zwischen Armen und Reichen beruhe auf einer objektiven Gesetzmäßigkeit, die wir befolgen und zu Ende führen müssten. Soweit ich mich erinnere ging man noch davon aus, dass man dazu keinen Zwang ausüben müsse, sondern alle so glücklich darüber seien, dass sie dies freiwillig täten. Diese Vorstellung ist bekanntlich nie aufgegangen.

Es war dann Lenin, der als Erster gesagt hat, dass eine solche Entwicklung nur dort möglich ist, wo die Unterschiede am stärksten sind und wo sich die Klassenkämpfe zugespitzt haben. Dort könne die Weltrevolution irgendwann ausbrechen. Diese Vorstellungen

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

BERLIN
MINISTERPRÄSIDENT
PROF. DR. WOLFGANG BÖHMER
26. November 2009

www.kas.de

sind dann unter so rücksichtsloser Anwendung der Machtmittel umgesetzt worden wie es dies in der Geschichte bis dahin nicht gegeben und – das erlaube ich mir jetzt zu prophezeien – auch nie wieder geben wird. Es wird hoffentlich so viel Klugheit zurückbleiben, dass man dies so nicht noch einmal macht.

Allein diese Verheißung, mit politischen Mitteln ein ganzes Volk glücklich machen zu wollen, hat zu mindestens 80 Millionen Toten geführt. Sie alle waren nicht bereit, das alles mit sich machen zu lassen. Zudem sind Machtinstrumente in einem nie gekannten Ausmaß angewendet worden. Wenn wir dies alles vergessen sollten, dann bestünde die Gefahr, dass sich die Geschichte wiederholen könnte. Deswegen ist das Verhindern dieses Vergessens eine der Lehren, die wir zukünftigen Generationen schuldig sind, weil die Verführbarkeit der Menschen nicht aufhören wird.

Wenn zukünftige Gesellschaften Leistungsgesellschaften sein wollen – und sie werden es sein müssen -, dann wird es immer wieder Unterschiede geben und aus diesen Unterschieden heraus immer wieder den Versuch geben, diese Unterschiede auszugleichen. Dann sollte man wissen, wie man dieses Ziel jedenfalls nicht erreichen wird.

Wir haben zunehmend Probleme mit der Demokratieakzeptanz. Sie sind auf den wirtschaftlichen Transformationsprozess, auf die hohe Arbeitslosigkeit und auf die gegenwärtige Wirtschaftskrise zurückzuführen. Das kann man nicht wegdiskutieren. Ich will aber daran erinnern, dass in der frühen Entwicklung Westdeutschlands, also in den 50er-Jahren und frühen 60er-Jahre, die Demokratieakzeptanz beinahe genauso schlecht war wie gegenwärtig in den neuen Bundesländern. Erst als sich der Lebensstandard für jeden deutlich spürbar gebessert und die Wirtschaft stabilisiert hatte, also ein gewisser Wohlstand in der Bevölkerung herrschte, hat sich die Demokratieakzeptanz deutlich verfestigt. Ich hoffe, dass wir das bei uns auch noch hinbekommen.

Gleichwohl weiß ich, dass dies schwierig ist und dass wir das Problem allein mit dem Erinnern an die Vergangenheit nicht werden lösen können. Aber eines müssen wir auch deutlich machen, nämlich dass die Freiheit, die wir wollen, nicht als halbe Freiheit zu haben ist. Das muss man ehemaligen DDR-Bürgern immer wieder klar machen: Wir lebten in einem abgeschotteten Wirtschaftsgebiet mit einer nicht konvertierbaren Binnenwährung. Nur so hat das ganze System überhaupt eine ganze Weile gehalten. Wer ein neues Reisegesetz wollte – und dies wollten fast alle -, musste wissen, dass dies nichts wert ist, wenn man Geld in der Tasche hat, für das man außerhalb der DDR nichts kaufen kann. Insofern hat die DDR, nachdem Honecker entmachtet und über die Einführung eines neuen Reisegesetz nachgedacht wurde, als Erstes einen Unterhändler nach Bonn geschickt, um nachzufragen, ob die DDR einen 12-Milliarden-D-Mark-Kredit bekommen könnte, um sich dieses Reisegesetz überhaupt leisten zu können. Die Bonner Regierung war so klug und

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BERLIN
MINISTERPRÄSIDENT
PROF. DR. WOLFGANG BÖHMER
26. November 2009

www.kas.de

hat gesagt, darüber könne man reden, aber erst einmal wolle man dieses Gesetz sehen. Dann haben sie ein Gesetz gemacht und waren selig, das geschafft zu haben. Nur als es abends verkündet wurde, wurde es bekanntlich nicht mehr benötigt.

Das heißt, sich eine halbe Freiheit zu wünschen und zu denken, es könne alles so weitergehen wie bisher, war völlig illusorisch. Wir mussten, wenn wir uns zu einer freiheitlichen Gesellschaft öffnen wollten, auch ein freiheitliches Wirtschaftssystem begründen. Welche Konsequenzen dies haben würde, war niemandem von uns klar. An diesen Konsequenzen knabbern wir jetzt noch ein bisschen.

Das sind die Zusammenhänge, die immer wieder deutlich gemacht werden müssen, wenn man nicht neuen Verheißungen erliegen möchte. Das heißt, ein Leben in einer offenen und freien Gesellschaft verlangt auch freiheitliche, dem Wettbewerb ausgesetzte und wettbewerbsfähige Wirtschaftsstrukturen und es verlangt natürlich auch, dass wir bereit sind, uns in einer Wettbewerbs- und Leistungsgesellschaft zu bewähren.

Wenn wir ehrlich sind, dann werden wir feststellen, dass sich manche Widersprüche in uns aufgebaut haben. Wir haben ein Schulsystem, das im Vergleich zu anderen Regionen der Welt nicht gerade schlecht ist. In jedem Jahr verlassen mehr als 90 % der Schüler die Schule mit einem Abschluss. Wir haben immer wieder Schüler, die richtig gut sind, die eine Urkunde erhalten und die für ihren Fleiß und ihre Tüchtigkeit ausgezeichnet werden. Es gibt aber auch Schüler, nämlich 6 % bis 8 %, die das nicht schaffen. Dann sagen wir: Daran ist der Staat schuld. Der Staat, so heißt es dann, stelle viel zu wenig Geld zur Verfügung. Sobald etwas nicht klappt, liegt es am Staat. Wenn etwas gut geklappt hat, dann loben wir uns gegenseitig. Das ist eine Denkweise, die mit einer Wettbewerbsgesellschaft nicht vereinbar ist. Diesbezüglich erliegen wir gelegentlich der Versuchung, uns selbst etwas vorzumachen.

Dass in einer Wettbewerbsgesellschaft nicht alle zu dem gleichen Ergebnis kommen, ist normal. Allerdings muss man von der Politik und von denen die Verantwortung tragen, verlangen, dass alle ihre Chance bekommen und niemand durch den Rost rutscht. Wer keine blendenden Schulergebnisse hat, der muss trotzdem in bestimmten Berufen und bei bestimmten Arbeitsaufgaben die Chance bekommen, für sein eigenes Leben sorgen zu können. Wir können nicht verlangen, dass alle Universitätsprofessoren werden wollen. Wir benötigen in allen Schichten Leute, die sich engagieren und die bereit sind, etwas aus sich zu machen. In einem Wettbewerbssystem müssen wir lernen, die Konsequenzen dieses Wettbewerbes mitzutragen. Ich habe den Verdacht, dass uns dies früher schwer fiel und auch in Zukunft schwer fallen wird.

Wenn man Freiheit will, dann müssen wir uns darüber unterhalten, wie wir ein offenes Gesellschaftssystem, welches dem Einzelnen Freiräume für die

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BERLIN
MINISTERPRÄSIDENT
PROF. DR. WOLFGANG BÖHMER
26. November 2009

www.kas.de

individuelle Entwicklung seiner unterschiedlichen Fähigkeiten, Talente und Begabungen bietet und damit zwangsläufig zu unterschiedlichen Ergebnissen führt, so organisieren, dass trotzdem Chancengleichheit für alle besteht und dass trotzdem niemand unter die Räder kommt. Wir benötigen ein Sozialsystem, das auf den Leistungen der einzelnen Mitglieder beruht, das aber nur so viel ausgleicht, dass nicht diejenigen, die sich angestrengt haben, die Dummen sind. Auch der Umgang damit, bedarf einer gewissen Erfahrung.

Der schönste DDR-Satz, an den ich mich erinnern kann, war nicht: Freitag ab eins, macht jeder seins, sondern die Lebensweisheit aus einer staatlichen Volkswirtschaft: Privat geht vor Katastrophe. Das sind Sprüche, die man nicht einfach vergessen darf. Vielmehr müssen wir uns deutlich machen, dass wir die Dinge so organisieren müssen, dass sich Leistung lohnt, dass jeder die Chance bekommt, etwas leisten zu können und dass der, der mehr leistet, natürlich auch mehr hat. Ich sage aber auch ganz deutlich, wenn der Vorsitzende einer Aktiengesellschaft 500 Mal mehr verdient als ein Mitarbeiter in einem solchen Betrieb, ist dies durch nichts begründet, sondern führt dazu, dass sich der Zwist in einer Gesellschaft vermehrt.

Es ist in einer freien Gesellschaft nicht Aufgabe der Regierung, Gehälter für Vorstandsvorsitzende von Aktiengesellschaften festzulegen. Es ist aber sehr wohl Aufgabe einer Regierung, dafür zu sorgen, dass die Gesellschaft auch in einer Leistungs- und Wettbewerbsgesellschaft zusammenbleibt. Für diese Aufgabe müssen wir Lösungen suchen und sind durchaus nicht immer in der Lage, sofort diese Lösungen anzubieten. Auch das muss man deutlich sagen.

Die spannende Frage wird also nicht sein, ob Totgesagte wieder auferstehen, sondern wie es uns in einer freiheitlichen Gesellschaft gelingt, die Entfaltungsmöglichkeiten jedes einzelnen so in einen solidarischen Zusammenhang zu bringen, dass sich Leistung lohnt. Auf Staatsleistungen darf sich niemand ausruhen, sondern jeder ist gefordert, das seine für sich zu tun. Das, was wir in Deutschland als soziale Marktwirtschaft bezeichnen, hat aus meiner Sicht die besten Voraussetzungen, diese Aufgabe zu lösen.

Eines will ich aber auch sagen und diesbezüglich gebe ich mich keinerlei Illusionen hin: Unsere soziale Marktwirtschaft war eine durch staatliche Gesetzgebung sozialpflichtig organisierte Marktwirtschaft. Das kann man mit einer nationalen Wirtschaftsstruktur machen. Aber mit nationaler Gesetzgebung eine globalisierte international agierende Wirtschaft sozialpflichtig zu machen, das geht nicht – wie wir jetzt erleben. Wir werden das nur wieder in den Griff bekommen, wenn es internationale Vereinbarungen zur Steuerung der international agierenden Wirtschaft gibt. Dieses Problem ist zurzeit völlig offen. Ich halte dies aber für eine der spannendsten Aufgaben in der ersten Hälfte des 21. Jahrhunderts, die wir lösen müssen, wenn wir die Spannungen, die es in leistungsorientierten

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BERLIN
MINISTERPRÄSIDENT
PROF. DR. WOLFGANG BÖHMER
26. November 2009

www.kas.de

Gesellschaften immer wieder geben wird, in den Griff bekommen wollen. Sonst müssen wir in der Tat damit rechnen, dass neue Sozialutopien entstehen, die eine bessere Welt versprechen wollen.

Zurzeit sind 73 % der Deutschen der Meinung, dass die wirtschaftlichen Verhältnisse bei uns ungerecht seien. Das halte ich für einen Hinweis, den man als gesellschaftspolitisch Verantwortlicher ernst nehmen muss. Diese Unzufriedenheit mit den Verhältnissen muss nicht in jedem Fall gleich zu den Folgen führen, von denen ich gesprochen habe. Aber eine so hohe Unzufriedenheit und das Gefühl von 73 % der Menschen, dass die Welt ungerecht sei, schreit danach, zumindest eine offene Diskussion darüber anzuregen, wie wir wieder zu mehr Gerechtigkeit kommen. In diese Diskussion müssen aber auch Fragen, wie die, wo die Grenzen des Ausgleichs sind, einfließen dürfen. Erst dann können wir anfangen, über Unterdrückung und Staatsdirigismus zu reden.

Eines der Phänomene in den neuen Bundesländern ist, dass wir alle der Meinung waren, in der DDR in einem „vormundschaftlicher Staat" gelebt zu haben. Wir wollten aber nicht derart bevormundet werden. Wir wollten frei sein und uns selbst für bestimmte Dinge entscheiden können.

Wenn ich heute mit jungen Oberschülern diskutiere, dann gibt es niemanden, der mir sagt, wir benötigten wieder eine Absolventenlenkungsverordnung. Gleichwohl bekomme ich Briefe von Großeltern, die sich darüber empören, dass ihre Enkel sich jetzt selbst eine Stelle suchen müssen. Diese Denkunterschiede mögen mit den unterschiedlichen Vorstellungen der Generationen darüber zusammenhängen, zu wie viel Fürsorge ein Staat gegenüber dem Bürger verpflichtet ist und welchen Freiraum er jedem einzelnen lassen muss - Freiraum, den nicht alle gleichermaßen als Chance empfinden.

Deswegen habe ich nicht gleich die Sorge, dass der Kommunismus leninistischer Prägung eine unmittelbare Gefahr sei. Aber ich habe sehr wohl die Sorge, dass wir mit unseren Vorstellungen von Gerechtigkeit für Gesellschaftsmodelle anfällig sind, die wieder zu einer deutlichen Reduzierung der Freiheit führen könnten. Das ist für mich der Grund, über diese Dinge immer wieder zu reden.

Sie alle kennen den Begriff der „sozialen Gerechtigkeit". Alle Parteien nutzen ihn in den Diskussionen und schlagen uns den Begriff fast täglich um die Ohren. Aber fragen Sie einmal jemanden, was der Begriff bedeutet und welcher Zustand gerecht oder gar sozial gerecht ist und welcher nicht. Darauf bekommen Sie nur diffuse Antworten. Wir haben nur eine gefühlsmäßige Vorstellung davon, worum es sich dabei handeln könnte. Das ist die Gemengelage, vor der man sich ein wenig hüten muss und bei der man immer wieder ganz deutlich machen muss, dass wir in einer freiheitlichen Gesellschaft auch mit Ungleichheit leben müssen. Da wir dies aber nur begrenzt aushalten, müssen wir den Rahmen für einen so-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BERLIN
MINISTERPRÄSIDENT
PROF. DR. WOLFGANG BÖHMER
26. November 2009

www.kas.de

zialen Ausgleich setzen, der nicht als staatlicher Zwang empfunden werden darf. Jede Steuerdebatte berührt, wie wir wissen, schnell an dieses Thema.

Dass dies alles nichts Neues ist, das können Sie wunderschön bei Hölderlin nachlesen. Er hat in seinem Roman „Hyperion" über die Verhältnisse im alten Griechenland geschrieben. In diesem Roman ist der schöne und wichtige Satz zu lesen: „Immerhin hat das den Staat zur Hölle gemacht, dass ihn der Mensch zu seinem Himmel machen wollte." Es gibt genug Beispiele in der Geschichte, dass uns Menschen ein besseres und gerechteres Leben versprochen wurde - und dann Verhältnisse geschaffen wurden, die wir als Hölle empfunden haben. Dieser Kreislauf kann letztlich nur dadurch durchbrochen werden, dass man sich die Zusammenhänge klar macht. Diesbezüglich gibt es noch richtig viel zu tun.